

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

März/April 1978

Evangelische Verantwortung

Heft 3 – 4/1978

Willkommen zur Bundestagung '78 des Evangelischen Arbeitskreises in Kassel

Lieber Leser!

„Wir Protestanten – Positionen heute“ – heißt das Leitthema der diesjährigen Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, die vom 28. bis 30. April in Kassel stattfindet und zu der wir Sie herzlich einladen.

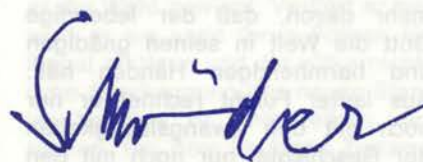
Wie auch bei unseren vorjährigen Tagungen wollen wir erneut einen Beitrag zu grundsätzlichen politischen Fragen leisten, wobei in Kassel auch verstärkt theologische und kirchliche Positionen überdacht werden sollen.

Ein Rückblick auf die theologischen Diskussionen der vergangenen Jahre zeigt, daß die Verunsicherung vieler Mitglieder unserer Kirche erheblich zunahm; die Frage nach dem „Wohin“ unserer Kirche wird deutlich gestellt – klare und überzeugende Antworten aber bleiben oft aus.

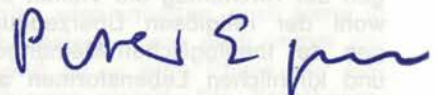
Mit dieser Kasseler Tagung soll eine zukunftsorientierte Herausarbeitung glaubensmäßiger Positionen erreicht und zugleich dargestellt werden, daß auch an den Nahtstellen christlich-öffentlicher Verantwortung der deutsche Protestantismus nach wie vor eine wichtige Aufgabe zu erfüllen hat. Diese darf allerdings nicht den Verformungen des Zeitgeistes unterliegen, sondern muß vielmehr darauf bedacht sein, sichtbare Rückbesinnung auf ethische Wertpositionen vorzunehmen. Wir sind sicher, daß unser Glaube die für unsere Gesellschaft erforderlichen Wegweisungen unbeirrbar vorzeichnet – heute stärker denn je, nachdem die Grenzen des menschlich Machbaren uns allen deutlich vor Augen stehen.

Wir würden uns freuen, Sie in Kassel begrüßen zu können.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Gerhard Schröder, MdB
(Vorsitzender)



Dr. Peter Egen
(Geschäftsführer)

Dieser Ausgabe der Evangelischen Verantwortung liegt die Einladung zur Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU 1978 in Kassel bei.

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

März/April 1978

Evangelische Verantwortung

Heft 3—4/1978

Willkommen zur Bundestagung '78 des Evangelischen Arbeitskreises in Kassel

Lieber Leser!

„Wir Protestanten — Positionen heute“ — heißt das Leitthema der diesjährigen Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, die vom 28. bis 30. April in Kassel stattfindet und zu der wir Sie herzlich einladen.

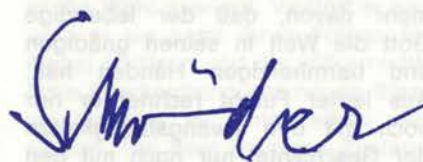
Wie auch bei unseren vorjährigen Tagungen wollen wir erneut einen Beitrag zu grundsätzlichen politischen Fragen leisten, wobei in Kassel auch verstärkt theologische und kirchliche Positionen überdacht werden sollen.

Ein Rückblick auf die theologischen Diskussionen der vergangenen Jahre zeigt, daß die Verunsicherung vieler Mitglieder unserer Kirche erheblich zunahm; die Frage nach dem „Wohin“ unserer Kirche wird deutlich gestellt — klare und überzeugende Antworten aber bleiben oft aus.

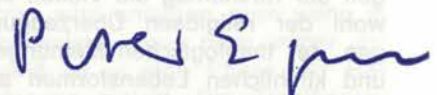
Mit dieser Kasseler Tagung soll eine zukunftsorientierte Herausarbeitung glaubensmäßiger Positionen erreicht und zugleich dargestellt werden, daß auch an den Nahtstellen christlich-öffentlicher Verantwortung der deutsche Protestantismus nach wie vor eine wichtige Aufgabe zu erfüllen hat. Diese darf allerdings nicht den Verformungen des Zeitgeistes unterliegen, sondern muß vielmehr darauf bedacht sein, sichtbare Rückbesinnung auf ethische Wertpositionen vorzunehmen. Wir sind sicher, daß unser Glaube die für unsere Gesellschaft erforderlichen Wegweisungen unbeirrbar vorzeichnet — heute stärker denn je, nachdem die Grenzen des menschlich Machbaren uns allen deutlich vor Augen stehen.

Wir würden uns freuen, Sie in Kassel begrüßen zu können.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Gerhard Schröder, MdB
(Vorsitzender)



Dr. Peter Egen
(Geschäftsführer)

Dieser Ausgabe der Evangelischen Verantwortung liegt die Einladung zur Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU 1978 in Kassel bei.

Kirchentag ruft zur Mitarbeit auf

„Zur Hoffnung berufen“ heißt die Losung für den 18. Deutschen Evangelischen Kirchentag, der vom 13. bis zum 17. Juni 1979 in Nürnberg stattfinden soll. Wir laden Sie ein, wie vor den Kirchentagen 1973 in Düsseldorf, 1975 in Frankfurt und 1977 in Berlin, sich bereits jetzt mit den biblischen Texten und den Arbeitsthemen dieses Kirchentages zu beschäftigen und an der Vorbereitung des Kirchentages in Nürnberg mitzuarbeiten.

Einladung an jedermann

Der Kirchentag 1979 in Nürnberg soll wieder ein Ort der Verkündigung und des Gottesdienstes, des gemeinsamen Feierns, der Information, des Erfahrungsaustausches

wider, wie sie im Protestantismus und innerhalb der ganzen Ökumene lebendig sind. Auf ihm sollen deshalb Vertreter verschiedener Standpunkte zusammengeführt, vorhandene Konflikte redlich ausgetragen, falsche Alternativen überwunden und echte Gegensätze ausgehalten werden. So kann ein Kirchentag zur Verständigung, ja Versöhnung in Kirche und Gesellschaft beitragen, ohne die Hoffnung auf die Zukunft nicht möglich wäre. Der Kirchentag in Nürnberg will über Grenzen von Konfessionen und Nationen hinweg ökumenisch offen sein. Die Einladung zum Kirchentag ergeht deshalb an jedermann. Sie richtet sich an Alte und Junge, an Engagierte und Neugierige, an Christen und Nichtchristen, an alle, die bereit sind, miteinander zu sprechen, zu hören, zu beten, zu bekennen, zu handeln und zu hoffen.

keiten der politischen und der gesellschaftlichen Situation. Aber Gott hat für uns Hoffnung bereit, wo wir unsere Hoffnungen längst begraben haben.“

Daran wollen wir uns in Nürnberg gemeinsam erinnern und aus dieser Gewißheit neue Kraft für ein verantwortliches Leben schöpfen, ein Leben, in dem auch der einzelne Mensch etwas gilt und in dem Zweifel, Zwänge und Abhängigkeiten zunehmend der Gewißheit und damit auch der Freiheit im Glauben, Denken und Handeln weichen.

Markt und Arbeitsgruppen

Seit dem Frankfurter Kirchentag 1975 ist der „Markt der Möglichkeiten“ ein fester Bestandteil des Kirchentages, der großen Anklang gefunden hat und von dem vielfältige Anstöße ausgegangen sind. Auch beim Kirchentag in Nürnberg soll ein solcher Markt als ein Teil thematischer Arbeit durch Gruppen aus Kirche und Gesellschaft in eigener Verantwortung vorbereitet und gestaltet werden.

Für Nürnberg wird den Gruppen zusätzlich angeboten, sich innerhalb eines Themenbereiches für eine kombinierte Mitarbeit in Markt und Arbeitsgruppenleitung zu bewerben. Darüber hinaus gibt es die Möglichkeit, an kommunikativen und gottesdienstlichen Vorhaben mitzuarbeiten.

Die beim 17. DEKT in Berlin im Juni '77 mitwirkenden Gruppen des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU beschlossen in einer kürzlich in Bonn stattgefundenen Sitzung, sich ebenfalls am Nürnberger Kirchentag 1979 zu beteiligen.

Leser der Evangelischen Verantwortung, die an einer Mitarbeit in einem der drei Themenbereiche „Glauben erfahren“, „Hoffnung entfalten“, „In der Liebe bleiben“ interessiert sind, können sich schon jetzt formlos anmelden bei der EAK-Bundesgeschäftsstelle, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn 1

Aus dem Inhalt

Willkommen zur EAK-Bundestagung in Kassel	1
Kirchentag ruft zur Mitarbeit auf	2
Notizen aus Südwesafrika Eugen Gerstenmaier	3
In der Kirche für die Kirche Ernst Eichelbaum	5
Fehlender Bekennermut	8
Aus unserer Arbeit	8
Die hochschulpolitische Situation im Frühjahr 1978	10
Über die bildungspolitische Situation in der Bundesrepublik Deutschland Hans-Günther Assel	12
Kurz notiert	14

Ein Kirchentag der Hoffnung

Der Kirchentag in Nürnberg soll mit unser aller Hilfe ein Kirchentag der Hoffnung werden, ein Kirchentag des ernstesten Nachdenkens und des fröhlichen Beisammenseins. Schon vor 25 Jahren hat der Gründer des Kirchentages, Reinold von Thadden-Trieglaff, beim Leipziger Kirchentag gesagt: „Wer keine Hoffnung mehr hat, der gibt sich zuletzt selbst auf, denn er erwartet nichts mehr für sich von der Zukunft und ist darum immer in Angst, daß er etwas in der Gegenwart versäumt. Wer keine Hoffnung mehr hat, gibt den anderen auf, denn er erwartet nichts mehr von ihm. Sein Mitmensch ist ihm nur noch der Konkurrent im Kampf des Lebens, nur noch der Vertreter einer ihm übelwollenden Macht. Wer keine Hoffnung mehr hat, der gibt die Welt auf, denn er erwartet nichts mehr davon, daß der lebendige Gott die Welt in seinen gnädigen und barmherzigen Händen hält. Aus lauter Furcht rechnet er nur noch mit den Zwangsläufigkeiten der Geschichte, nur noch mit den Gegebenheiten der Wirtschaft und nur noch mit den Unabänderlich-

und der Zurüstung zu verantwortlichem Handeln sein. Auf dem einen Grund christlichen Glaubens spiegelt der Kirchentag die Vielfalt sowohl der religiösen Überzeugungen, der theologischen Meinungen und kirchlichen Lebensformen als auch der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte

Notizen aus Südwestafrika

Eugen Gerstenmaier

Bundestagspräsident a. D. Dr. Eugen Gerstenmaier besuchte vor wenigen Wochen Südafrika. Die Evangelische Verantwortung bat um eine Zusammenfassung seiner Reise-Eindrücke, zumal in einer Reihe von Briefen aus unserem Leserkreis wir immer wieder gebeten wurden, Beiträge zu veröffentlichen, die dem unvoreingenommenen Leser ein objektiveres Bild der dortigen Situation vermitteln können, als es durch die Berichterstattung in einer Vielzahl evangelisch geprägter Publikationen geschieht.

Im milden Licht der alten Petroleumlampe erinnerte mich der Kreis an die frühesten Bilder meiner schwäbischen Kindheit. Die Nachbarn der Farm waren zusammengekommen, um mit den Gästen aus Deutschland Zwiesprache zu halten. Von ihren eigenen Sorgen sprachen sie kaum. Die alte Heimat, das Deutschland der Vor- und Nachkriegsjahre interessierte sie. Es war ein ruhiges, nachdenkliches Gespräch, bis im Hintergrund das Telefon sein zittriges Geläut begann. Niemand schien sich daran zu stören. Schließlich ging die Frau des Hauses an den Apparat. Das Signal hatte der Farm gegolten. Mühsam beherrscht kam die Gastgeberin zurück. Eine Farmersfrau aus der weiteren Umgebung sei vor einigen Stunden ermordert aufgefunden worden.

Einige Tage zuvor war ein Minister des großen Stammes der Ovambo im Norden des Landes auf offener Bühne während einer Wahlveranstaltung erschossen worden. Das Gespräch – immer noch beherrscht – wandte sich der Kardinalfrage des heutigen Südwestafrika zu, der Sicherheit und Zukunft des Landes. Der Mord an der Farmersfrau erwies sich als ein „gewöhnlicher“ Raubmord. Die Swapo war dafür erwiesenermaßen nicht verantwortlich.

In Pretoria hatte mich in der Woche zuvor ein Landsmann angesprochen. Er komme aus Südwest. Er habe Verwandte besucht, im

Norden, in der Nähe des Ovambo-lands. Er sei südwärts, Windhoek zu, von Farm zu Farm weitergereicht worden. Überall Besorgnis im Übergang zur Furcht. Ich solle ihm sagen, ob das berechtigt sei. Ich mußte passen. Denn aus keinem der vielen Gespräche, die meine Begleiter und ich in Südwest- und in Südafrika geführt hatten, ließ sich ein sicherer Schluß ziehen.

Wird das Land in die Hand der Swapo – und das heißt in die Hand doktrinärer Marxisten – fallen, oder wird es Dirk Mudge und seinem schwarzen Alliierten, dem Hereohauptling Kapuuo gelingen, in den Wahlen zu einer verfassunggebenden Landesversammlung, einer Art Parlamentarischem Rat, eine hinreichende Mehrheit zu erlangen?

Swapomehrheit äußerst fraglich

Der Bischof der in Südwest missionierenden Oblaten erwartet eine Swapomehrheit von annähernd 60%. Der Präses der lutherischen Kirchen Südwests, Lukas de Vries, ein Farbiger, gibt ihr nicht mehr als 40%. Diese Schätzung wird von den meisten meiner Gesprächspartner für die realistischere gehalten. Noch aber weiß niemand, was Nujoma, der Boß der Swapo, beschließen wird. Teilnahme oder Nichtteilnahme an der Wahl? Die UNO hat ihm und seiner Organisation eine Art Alleinvertretung des Staates Namibia zugeschanzt, die allen Grundsätzen der freiheitlichen Selbstbestimmung eines Volkes Hohn spricht. Diese ebenso vorteilhafte wie unberechtigte Position kann Nujoma nur halten, wenn er die Wahl gewinnt. Verliert er sie, wird er sie samt ihren Folgen für illegal erklären und die völkerrechtliche Anerkennung des neuen Staates Namibia zu hintertreiben versuchen. Bei dem heutigen Zustand der Vereinten Nationen kann er sich davon einigen Erfolg versprechen.

Kein Alleinvertretungsanspruch der Swapo

Bislang ist es den fünf Mächten des Weltsicherheitsrats, die diese von den Vereinten Nationen selbst zu verantwortenden Schwierigkeiten aus der Welt schaffen sollen, nicht gelungen, ein halbwegs befriedigendes Resultat zu erzielen. Es ist die schlichte – demokratische – Pflicht der Republik Südafrika, dem Alleinvertretungsanspruch der Swapo auf Namibia zu widerstehen. Die in der sogenannten Turnhallen-Allianz zusammengeschlossenen Parteien (Kapuuo, Mudge und andere) haben auch nach der Charta der Vereinten Nationen einen Anspruch darauf, das Schicksal ihres Landes mitzugestalten. Auch die fünf Mächte – samt und sonders demokratisch verfaßte Rechtsstaaten des Westens, darunter die Bundesrepublik – können an diesem Anspruch nicht vorbeigehen. Der gegen die südafrikanische Regierung immer wieder direkt und indirekt erhobene Vorwurf, sie suche die Wahl zu hintertreiben und den status quo zu zementieren, ist nicht nur falsch, sondern auch gedankenlos.

In einem langen und temperamentvollen Gespräch setzte eine Woche vor dem Beginn der New Yorker Außenministerkonferenz der Außenminister Südafrikas, Herr Botha, uns, seinen Besuchern, überzeugend auseinander, weshalb seine Regierung die entscheidende Wahl noch im Jahre 1978 durchgeführt sehen wolle. Südwest ist – das sagte er nicht im Klartext, aber das ist ein Schlüssel zum Verständnis – seit geraumer Zeit eine Bürde für die Republik Südafrika. Nicht nur in finanzieller, sondern mehr noch in außenpolitischer und wohl auch in militärischer Hinsicht. Der Druck aus dem Norden auf Südafrika wird anhalten, auch wenn in Rhodesien – was noch immer ungewiß ist – eine Phase der Beruhigung eintritt. Die Frontbegradigung der nördlichen Verteidigungslinie Südafrikas ist zu einer

strategischen Notwendigkeit geworden. Innenpolitisch: Zu den auch von der Republik Südafrika anerkannten Prämissen der kommenden Wahl in Südwest gehört der Grundsatz – one man one vote. Ich bezweifle, daß die Republik in absehbarer Zeit bereit ist, in ihrem eigenen Bereich denselben Grundsatz anzuwenden. Aber zwei sich gegenseitig ausschließende Grundsätze der Staatsgestaltung lassen sich im gleichen Staatsgebiet nicht anwenden. Jedenfalls nicht zur gleichen Zeit.

Es spricht für die Südafrikaner, daß sie ihr altes Mandatsgebiet dennoch nicht um jeden Preis und zu jeder Zeit zu räumen bereit sind. Sie wollen die Völker Südwestafrikas nicht einer Nacht der langen Swapomesser überlassen. Sie wollen Garantien für einen geordneten Übergang zu einer neuen verfassungsmäßigen Staatsordnung. Innerhalb gewisser Grenzen sind sie zwar auch bereit, dieser neuen Staatsordnung ihre Hilfe angedeihen zu lassen, aber nur wenn und soweit sie ausdrücklich darum er sucht werden.

Lukas de Vries: Swapo muß entwapnet werden

Lukas de Vries ist in seinem Land der Sympathien für die Herrschaft der Südafrikaner gänzlich unverdächtig. Bis vor kurzem galt er – zurückhaltend gesagt – als Sympathisant der Swapo. Kürzlich aber überraschte er nicht nur mich, als er uns darlegte, daß und warum die Südafrikaner mit einem Kontingent, einem begrenzten Kontingent von wenigstens 1500 Mann im Lande bleiben müßten und zwar vor, während und nach der Wahl. Es sei aus Gründen der öffentlichen Sicherheit unerläßlich. Außerdem: „Die Swapo muß entwapnet werden!“ Wie das freilich geschehen soll, solange der eigentliche militante Kern der Swapo im nahen Angola sitzt und mit jeder Art von Mordwerkzeug aus russischen Beständen ausgerüstet wird, darüber vermochte der Kirchenmann uns keine Auskunft zu geben. Dennoch ist seine Forderung von Bedeutung. Sie offenbart die unter der schwarzen Bevölkerung wachsende Erkenntnis, daß es um den Rechtsfrieden im Lande schlecht bestellt sein würde und um die Existenz-

sicherheit noch schlechter, wenn die Swapo an die Macht käme oder wenn eine künftige demokratische Regierung die gewaltsamen Interventionen dieser militanten Marxisten nicht zu verhindern vermöchte. Anders als ein verblendeter Teil in den Rechtsstaaten des Westens und ganz anders als die Doktrinäre im Weltrat der Kirchen in Genf haben Kirchenführer wie Lukas de Vries allmählich erkannt, worauf die Swapo hinauswill. Sie will die Macht im Land, und sie will sie ganz und allein.

Lutheraner distanzieren sich von der Swapo

In einem im Februar veröffentlichten Hirtenbrief haben sich die kirchlichen Führer der Lutheraner im Südwesten Afrikas von der Swapo losgesagt. Sie nannten sie zwar nicht bei Namen. Das hätte den alten Ovambobischof Auala, der es in seinem großen Stamm besonders mit der Swapo zu tun hat, politisch noch mehr exponiert. Aber sie warnten mit einem Ernst und Nachdruck öffentlich vor dem Marxismus, der in Verlautbarungen europäischer und amerikanischer Kirchen seit langem nicht mehr zu finden ist. Die spießbürgerliche Scheu, als Antikommunisten verdammt zu werden, kennen sie nicht.

Scharfe Kritik an Sjollema

Es sollen relativ hochrangige Männer aus den deutschen evangelischen Kirchen sein, die jenen Hirtenbrief der Kritik unterzogen. Nun ist kein Zweifel, daß der Holländer Sjollema, ein Abteilungsleiter im Generalsekretariat des Ökumenischen Rats, seine Parteigänger auch in einflußreicheren Positionen des deutschen evangelischen Kirchentums sitzen hat. Was kaum noch zu hoffen war ist dennoch inzwischen eingetreten. Der Rat und die Kirchenkonferenz (gewissermaßen der Bundesrat der Evangelischen Kirche in Deutschland) haben die Auslassungen Sjollemas mit einigem Nachdruck zurückgewiesen. Er hatte gemeint, daß es an der Zeit sei, nach dem Schema vom „gerechten Krieg“ (den der Christ bejahren könne) auch die gerechte Revolution oder

Rebellion nicht als Gewalttat zu verurteilen, sondern ihr unterstützend beizutreten. Das ging den geistlichen Herren denn doch zu weit. – Indessen: das Exekutivkomitee des Weltrats der Kirchen hält derlei Widerspruch nicht davon ab, seiner bisherigen Linie zu folgen und damit die Swapo zu unterstützen.

Turnhallen-Allianz will demokratische Rechte für Schwarz und Weiß

Ein Kardinalproblem ist mit all dem noch nicht einmal angetönt, geschweige gar angesprochen. Gesetzt den – positiven – Fall, daß es in diesem Sommer oder Herbst tatsächlich zu der Wahl kommt, gesetzt sogar, daß die fünf Mächte sich darüber mit der Südafrikanischen Regierung schließlich doch noch vernünftig vereinbaren, dann bleibt immer noch die schwere Frage, wie eine solche Wahl nach demokratischen Grundsätzen bis in den Busch hinein organisiert werden kann und noch schwerer, wie die zwischen zwei großen Wüsten, im weiten Busch und in Gebirgen hausenden Stämme ein hinreichendes Bewußtsein davon erlangen sollen, um was es bei diesem Urnengang, dem ersten ihres Lebens, für sie und ihre Kinder überhaupt geht. Nur Ignoranten können daran vorbeisehen, daß die Prämissen, die unverzichtbaren Prämissen jeder echten Wahl, hier einstweilen weithin fehlen. Gewiß könnte diesem Mangel wenigsten teilweise noch abgeholfen werden. Aber dafür ist der Einsatz vor allem von leicht verständlichem Bildmaterial in großem Umfang notwendig und der Einsatz von Personal in den Stammsprachen desgleichen.

Der in der Turnhallen-Allianz zusammengeschlossene Parteiverbund stellt die rechtsstaatliche Alternative zur Swapo dar. Er reicht in die Stämme hinein. Er ist aktiv und initiativ. Ein lockerer Verband, die Interessengemeinschaft der Deutschsprachigen in Südwest unterstützt ihn. Die Gemeinschaft hat nicht den Ehrgeiz, als eigene politische Partei aufzutreten. Sie tut gut daran. Ihr einziges politisches Ziel ist die Sicherung der freiheitlichen Existenz für Schwarz und Weiß in dem harten und schönen Land.

In der Kirche für die Kirche

Ernst Eichelbaum

Ernst Eichelbaum, einer der treuesten Gefährten des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU – lange Zeit CDU-Bundestagsabgeordneter – war in der Zeit vom Oktober 1946 bis Oktober 1948 Bürgermeister der Stadt Leipzig. Als die sowjetische Besatzungsmacht Ernst Eichelbaum im Herbst 1948 jede politische Rede untersagte, bot ihm die Kirche die Möglichkeit, sich mit einem christlichen Bekenntnis von den Leipziguern von der Kanzel der Thomaskirche zu verabschieden. Am 14. September 1948 – vor fast dreißig Jahren – nahm er die ihm gebotene Chance wahr. Die Evangelische Verantwortung möchte mit dem Abdruck wesentlicher Passagen dieser Rede einen Beitrag zur Veröffentlichung zeitgeschichtlich wichtiger Gedankengänge leisten.

Es ist über ein Menschenalter her, da bin ich in dieser Kirche, in der meine Eltern getraut worden waren, konfirmiert worden. Auf dieser Kanzel, von der damals zu uns kleinen Konfirmanden der verehrungswürdige Geistliche sprach, stehe ich nun als ein Bürgermeister dieser Stadt. Vor Monaten hat mich ein nicht sehr weiser Kritiker im Westen gefragt: „Christlicher Bürgermeister. Gibt es denn so etwas in Leipzig?“ Jawohl! – Und es hat mich neulich einer gefragt: „Wenn Sie von der Kanzel reden, schadet Ihnen das nicht?“ Nun, den Schaden würde ich gern tragen. Ich will gern die Autorität, die ich vielleicht bei vielen Menschen oder bei einigen habe, in die Waagschale werfen, um auf dieser Kanzel für unsere christliche Kirche zu reden.

Ich spreche hier vor Menschen, die in der Kirche sind, und es geht einem auf der Kanzel oft so, daß die Menschen in der Kirche gescholten werden für die, die nicht in die Kirche kommen. Aber Sie alle, die Sie hier sitzen und hören, Sie werden morgen oder übermorgen mit Menschen zusammensein, die von der Kirche nichts wissen wollen und gegen sie reden, und Sie müssen dann Ihre Kirche verteidigen können. Ich glaube, es ist gut, wenn man sich einmal überlegt, wie man solchen Kirchengegnern gegenüber die Kirche verteidigen kann. Dazu brauchen wir Bekennermut und

müssen auch einige Dinge überlegt haben.

Wir leben in einer gottlos gewordenen Zeit, in einer gottlos gewordenen Welt. Vielleicht noch gar nicht so lange, denn es ist doch so, daß die Menschen, die heute von Gott und Christus nichts wissen wollen, sich fast alle noch erinnern können an eine fromme und christliche Mutter oder Großmutter und daß eigentlich zwei Menschenalter uns erst von der Zeit trennen, wo es noch selbstverständlich war, daß die Menschen christlich lebten und christlich sprachen.

Es war gar nicht lange nach meiner Konfirmation, da kam mir jener Geistliche, der mich eingesegnet hatte, ziemlich altmodisch vor, und ich kam mir sehr fortschrittlich vor. Ich machte den Umweg der Aufklärung durch den Zweifel und durch die Verneinung, und es gibt ja Menschen heute, die behaupten, nur der könne wirklich gläubig sein, der diesen Umweg gegangen ist. Ich erinnere mich, daß der um die Jahrhundertmitte geborene Komponist Arnold Mendelssohn, der ja so herrliche Motetten für die Thomaner geschrieben hat und diesen Kranz der Motetten der Stadt Leipzig widmete, daß der mir als alter Mann von über siebzig Jahren sagte: „Glauben ist nur möglich dem, der durch den Zweifel und die Verneinung sich durchgerungen hat. Der Weg, den Sie gegangen sind, ist auch von mir gegangen worden. Er ist der einzig richtige Weg“. Niemand kann gläubig sein, der nicht vorher ungläubig war! –

Es ist etwa ein Jahrhundert her, da hat Feuerbach den Satz ausgesprochen: „Gott ist nur eine Erfindung der Menschen“. Es ist so, als wenn ein Mensch die Welt leugnen wollte und behauptet: „Die Welt ist ja nur eine Reizerscheinung auf meiner Netzhaut im Auge“. Es ist ein verkürztes Sehen und ein verkürztes Denken.

Aber ich glaube, die Zeit schlägt um; wir leben in einer Epoche, in der der Rückweg zu Gott überall kenntlich wird. Vielfache Rückwege zu Gott sehen wir, erfahren wir und haben wir vielleicht selbst durchge-

macht, und davon möchte ich einiges sagen.

Als ich ein Junge von fünfzehn Jahren war, da kaufte ich mir die „Welträtsel“ von Ernst Haeckel und fing an, mich an diesem Buch zu begeistern. Haeckel hatte damals verkündet: „Alle Welträtsel sind gelöst oder sind lösbar“. Heute, fünfzig Jahre nach dem Erscheinen seines Buches, sehen wir, daß sämtliche der von ihm genannten Welträtsel ungelöst sind und unlösbar sind. Die Wissenschaft ist kein Ersatz für Religion. Vor Jahren sprach ich mit einem Psychiater, ordentlichem Professor der Leipziger Universität, der sagte mir im Gespräch: „Wissen Sie, was eine Seele ist?“ Unsere Wissenschaft, sofern sie Wissenschaft ohne Gott ist, kann die entscheidenden Fragen nicht beantworten. Wie will ich Seelen heilen, wenn ich nicht weiß, was eine „Seele“ ist? Es hat sich herausgestellt, daß die Weltwesen nicht maschinenmäßige „Mechanismen“ sind und daß die Weltentwicklung nicht „von selber“ geschieht. Und soviel werden auch die wissen, die in die Probleme der modernen Wissenschaft nicht eindringen wollen, daß die modernen Physiker und Biologen keineswegs Leugner von Religion und Christentum sind, sondern sich wieder ihnen zuwenden, zurück zu Gott. Ich erinnere nur an den alten Max Planck, der wissenschaftliche Weltkenntnis und Christentum gut zu verbinden glaubte, genau wie über zwei Jahrhunderte vorher der alte Newton es noch verband.

Aber es gibt noch einen Rückweg zu Gott, ein älterer Mensch kann das sagen, den Rückweg über die Lebenserfahrung. Die Selbstsicherheit und Selbstvergötterung des Menschen, zu der ein junger Mensch sehr leicht neigt und aus der heraus er Gott verleugnet, sie fällt im Leben zusammen. Sie wird brüchig in der Erkenntnis, wie hilflos, wie schwach, wie gebrechlich der Mensch und man selbst ist. Wir haben die Erfahrung gemacht im Leben, daß das Leid überwiegt über die Freude, daß das Böse eine wirkliche und dämonische Macht

ist. Wir wissen allesamt heute, daß Diebstahl, Mord, Gewalttat, Haß, Neid, Gier, Herrschsucht und Lüge keine Erfindungen von Moralbüchern oder von biblischen Worten sind, sondern wirkliche Mächte, mitten unter uns und um uns. In dieser Lebensumgebung, die jeden am eigenen Leibe bedroht und bedrängt, wird man gezwungen, tiefer zu sehen, sich tiefer zu besinnen und das unheimliche Wirken Gottes, das auch im Bösen und im Kampf gegen das Böse wirksam wird, zu begreifen.

Wir brauchen heute nicht davon zu reden, wie stark das Leid unter uns Menschen ist. Ein Christ weiß um Krankheiten mehr als mancher Arzt, und es ist kein Zweifel, daß Heil und Heilung kranker Menschen nicht nur eine leibliche Angelegenheit, sondern eine Sache des Heils ist, das von innen kommt, und als Gnadenwirkung sich auf seinem Gesicht sogar sichtbar macht.

Ein Schüler hat mir einmal vor Jahren gesagt: „Wissen Sie, Religion stammt doch bloß aus der Furcht vor dem Tode“. Ein leichtsinniges und doch ein wahres Wort! Wir wissen heute etwas mehr als manche Menschen in früheren Zeiten von der Verfallenheit des Menschen zum Tode. Die furchtbaren Ereignisse um uns haben uns äußerlich und innerlich dieser Wahrheit wieder nähergebracht. Denken wir an die Erlebnisse in den Kellern der Häuser im Kriege!

Es gibt ja heute eine Philosophie, die davon ausgeht, daß der Philosoph zuerst seinen Standpunkt bestimmt, und feststellt, daß dieser Standpunkt kein Punkt des Standes, des Stehens, ist, sondern ein Punkt des Fallens und des Stürzens, des Hangens und Bangens im Bodenlosen, und daß das Letzte, worauf der Philosoph und der Mensch sich besinnt, die Angst, die Lebensangst und weiter nichts ist. Das wird heute als neue Philosophie gelehrt in Deutschland und im Ausland, und diese Existenz-Philosophie malt uns ein sehr getreues Bild von dem Zustand, in dem der Mensch sich heute befindet. Aber ist das, was die Philosophie heute erkennt, so neu? Schlagt Eure Bibel auf, Propheten und Psalmen, da steht es schon. Oder wir denken an ein Johanniswort, ein Christuswort: „In der Welt habt Ihr Angst“. Aber dieses Wort geht weiter: „Seid getrost, ich habe die Welt überwunden!“ Diese Philosophie stellt die

große Frage auf, und der Christ hat schon die Antwort vernommen. Wenn es auch eine Wahrheit ist, daß dämonische Mächte die Welt regieren, so gibt es auch Engelskräfte und göttliches Wort. Es stimmt, wie ein Dichter gesagt hat „wir sehen das Haupt der Gorgo“, aber wir dürfen auch sehen das Antlitz Gottes.

Vor vielen Jahren haben zwei kleine Geschichten einen großen Eindruck auf mich gemacht, und zwar Erlebnisse, die deutsche Dichter der Gegenwart berichteten. Der eine, Hermann Bahr, ein durchaus moderner, sinnlicher Dichter, schreibt einmal kurz vor dem ersten Weltkrieg, er hätte auf einem einfachen Hotelbett in Königsberg gesessen und plötzlich entdeckt, daß Gott existiere. Da wäre er aufgesprungen und seitdem sei er ein glücklicher Mensch. — Und der Lyriker Maximilian Dauthendey aus derselben Generation, in den sechziger Jahren geboren, ein sinnlicher Liebesdichter, schreibt, als er fünfzig Jahre alt war, aus seinem unfreiwilligen Exil während des ersten Weltkrieges von der Insel Java an seine Frau: „Denke Dir nur, was mir geschehen ist! Am Morgen meines 50. Geburtstages habe ich Gott entdeckt! Ich bin ein anderer Mensch“. Beide Dichter haben gläubige Frauen gehabt, denen sie das berichteten.

Ich habe, wie wohl viele andere Menschen, Gott entdeckt in der Furchtbarkeit des ersten Weltkrieges. Ich glaube, man kann den Tod nur dann wirklich überstehen, den Tod, den man so hundertfältig sehen und erleben muß als Soldat, wenn man an die Auferstehung glaubt und so etwas in sich spürt. Die Furchtbarkeit des Daseins dort macht uns so klein und denkmächtig, daß uns schon eine tiefere Einsicht kommen muß, wenn unser Leben nicht zerstört werden soll.

Und noch etwas. Wir leben in einer Zeit wirtschaftlicher Not und wirtschaftlicher Krisen. Niemand kann das leugnen. Aber ist es denn richtig, daß die Welt und die Weltgeschichte nur aus Wirtschaftskämpfen und Wirtschaftskrisen besteht? Nein! Goethe hat gesagt: „Das eigentliche Thema der Weltgeschichte ist der Kampf zwischen Glauben und Unglauben. Epochen, in denen der Glaube herrscht, sind glänzend, herzerhebend und fruchtbar für Mitwelt und Nachwelt, Epochen dagegen, in denen der

Unglaube einen jämmerlichen Sieg behauptet, verschwinden in der Nachwelt.“ Wir kennen die Gesichter unserer Mitmenschen, die vielfach vom Hunger gezeichnet sind, aber ich glaube, wir kennen auch die Gesichter unserer Mitmenschen, die vom Hunger nach Gott und von der Sehnsucht nach der Erlösung gezeichnet sind: Gesichter der Verbitterung, der Verängstigung, der Verzweiflung. Es gibt auch ein geistliches Brot.

Aber ich soll ja von der Kirche sprechen, und von der Kirche will ich Ihnen nun noch einiges ganz Einfaches sagen. Die Kirche ist das Gotteshaus. Wir wissen, wo Gott ist: nicht an Häuser gebunden. Und doch: Die Kirche ist ein besonderer Ort Gottes. Sie ist für mich der Ort des Friedens und der Ruhe, des Friedens nämlich mit Gott, der Ort, an dem die Unruhe des Menschenherzens sich beschwichtigt. Und wenn ich sagen soll, was die Kirche mir gab, so glaube ich, wäre die beste Antwort zu sagen: diese Beschwichtigung kann sie geben. Wir wissen alle, in welcher ewigen Unruhe die Menschen der modernen Welt leben, wie sie von Beunruhigung zu Beunruhigung getrieben und getrieben sind, sich selber Unruhe schaffen und in Aufregungen und Sensationen nicht zur Ruhe kommen. Sie sind immer, wie das furchtbare Wort heißt, „im Betriebe“. Ich glaube, wer das Ohr wirklich am Herzen des Volkes hat, der hört aus dem Herzen des Volkes die Sehnsucht nach Beruhigung und Frieden. Weil diese Ruhe fehlt, wirkt das moderne Leben und Streben so krampfartig und krampfhaft. Und wenn uns die Menschen sagen: „Gebt endlich Ruhe“ oder „Laßt mich doch in Ruhe“ — wie wir Politiker oft hören — so hat das auch einen tieferen Grund. Ich glaube, das ist nicht nur die körperliche Ermattung, sondern dahinter spüre ich eine ganz bestimmte seelische Bewegung, eine tiefere Sehnsucht nach Gott und zu seinem Frieden zurück.

Aber ich muß noch etwas hinzufügen. Es steht zwar geschrieben: „Wenn Du beten willst, so geh in dein Kämmerlein und schließe die Tür zu“, und der Heiland betete auf Berggipfeln und in der Einsamkeit, und doch gibt es kein einsames Christentum. Er hat ja seine Jünger gesammelt, er hat das Abendmahl nicht allein gefeiert. Christentum ist Gemeinschaft, und wir müssen wie-

der lernen, daß die eigentliche innere Sammlung des Menschen voraussetzt, daß er mit anderen versammelt ist. Das fällt uns heute schwer in einer Zeit, in der die echten Gemeinschaften in starkem Zerfall sind und in der – namentlich in der Großstadt – die Menschen in einer furchtbaren Isolation leben.

In der Zeit, als die Nazis glaubten, man müsse ein neues Christentum schaffen oder eine neue deutsche Religion, da gab es Leute, die eine neue Bibel schreiben wollten. Sieht man sich heute solche Zusammenstellungen an, so ist man erschrocken von der Kraftlosigkeit oder von der Verbläbtheit jener gesammelten Worte, selbst, wenn es Klassikerworte sind. Eine neue Bibel zu schreiben, das können wir uns nicht getrauen. Als Christ würde ich sagen, es ist nicht die Anrede Gottes darin. Vielleicht könnte ich auch sagen, wir können gar nicht so einfach, so volkstümlich und im guten Sinne so altertümlich schreiben. Es gibt auch etwas, das man „das gute Alte“ nennen muß.

Wenn ich in eines meiner Altersheime komme und ich komme zu einer schlesischen Umsiedlerin und sehe ihre Not, die ich ihr ja doch nicht abnehmen kann und nur gering zu mildern vermag, und sehe auf ihrem Tisch ihr Gesangbuch liegen, wie das sehr häufig ist, dann weiß ich: hier brauche ich nicht zu trösten und zu belehren. Ich gehe selbst als Belehrt und Getrösteter weiter. Hier wird nicht gejammert über die Krankheit des Alters, hier wird nicht gezankt um das Essen oder mit dem Stubennachbarn. Und wenn solche menschlichen Schwächen kommen, das Gesangbuch sammelt den Menschen wieder auf seine wahren Kräfte zurück, und dann wird es anders und besser. Und ich will ganz ehrlich sagen, wenn ich eine Pflegeschwester sehe und sie hat das Kreuz um den Hals, dann weiß ich, daß sie mir gegenüber nicht klagen wird. Sie hat sicher menschliche Fehler und Unvollkommenes, aber sie tut ihre Arbeit für Gott und alle Dinge sind sehr viel leichter. Und bei solchen Erlebnissen merke ich, daß das Christentum, das kirchliche, eine sehr mächtige und verbindende Sache ist. Ich brauche gar keinen Abgrund oder nur Zwischenraum zu überwinden, um mit beiden Menschen mich sofort zu verstehen.

Was gibt die Kirche uns? Was gibt sie jedem von uns? Frieden und Versöhnung in einem heiligen Raum. Sie gibt uns auch Gesittung und Tugend. Wir wollen unseren Kritikern gegenüber nicht vergessen: das, was heute an Gesittung in Europa lebt, ist christliche Gesittung, und wir sehen selbst die Germanen und auch die Hellenen, Griechen, unter sehr christlichem Aspekt, christlich interpretiert. Und wer heute ein Gottesleugner und Kirchengegner ist und ist ein moralischer Mensch, was es sehr wohl gibt, der wird sich meist darauf besinnen können, daß seine Moral von einer christlichen Mutter oder Großmutter stammt. Auch die säkularisierte Sittlichkeit unserer Zeit trägt noch christliches Gepräge, sonst wäre sie nicht.

Aber wir wollen uns auch darauf besinnen, daß eine christlich fundierte Moral ein besseres Fundament hat, und das zwingt uns dazu, uns an die Pflicht zu erinnern, die die christliche Erziehung bedeutet. Das Kind soll nicht nur moralisch erzogen werden, sondern christlich auferzogen werden durch Brauch und Sitte, durch Übung und Unterricht. Die Eltern müssen auch vor ihren Kindern alltäglich bekennen, daß sie Christen sind, durch das, was sie tun und wie sie es tun. Ich glaube, wir sollen unseren Kindern ersparen, daß sie über den Umweg des Zweifels und der Verneinung gehen müssen. Es gibt viele Menschen, die sagen heute: „Taufen lasse ich mein Kind. Ob es dann konfirmiert werden will, das mag es selber entscheiden.“ Ich glaube, die Pflicht der Eltern kann dem Kind nicht diese Freiheit lassen und es so unbeschützt zu ihr aufwachsen lassen. Die Pflicht der Taufe setzt voraus, daß das Kind zum Christen erzogen wird.

In einem der Glasfenster des Chores dieser Kirche ist ein merkwürdiges Bild. Wenn der Tag von draußen leuchtet, kann man es sehen. Ich habe früher als junger Mensch immer geglaubt, es hinge da ein Herz in einer goldenen Waagschale im Blute, gerade, als würde es dort gewogen. Und ich empfand das als ein Symbol menschlichen Lebens und Leidens und einen Sinn menschlichen Schicksals: Ein Herz, allein von Gott gewogen. Ich habe später entdeckt, daß dieses Glasbild etwas ganz anderes bedeutet. Es ist dort die Abendmahlsszene, und darüber

ist eine Lampe, in goldener Schale ein rotes Feuer, wie eine ewige Lampe, die brennt. Und das empfinde ich heute als einen Fortschritt zu einer neuen Erkenntnis: Nicht nur das einsame Leiden und Leben macht den Christen aus, sondern daß er ein Licht werde und sein Licht leuchten lasse vor den Menschen – über dem Abendmahlssaal.

Wie er es und wo er es leuchten läßt, das ist die Berufung jedes Einzelnen. Zu welchem Zweck, mit welchem Erfolg und wie lange, das kann er nur mit Gott ausmachen. Das sind die Dinge, über die man eigentlich nur mit Gott reden kann. Aber wo er auch tätig ist, hat er als ein Christ die Freiheit des Christenmenschen in der Versöhntheit zu leben und so den Dienst an den Anderen zu tun, wie uns das Luther und das Testament gelehrt haben. Und wo er mit anderen zusammen ist, da sollte er ein Vorbild menschlicher Gemeinschaft sein.

Wir wissen freilich auch, daß wir in einer gebrechlichen Welt leben. Wir haben zwar die Absicht, zu bessern und zu helfen, aber wir machen den Vorbehalt dabei: die Kirche ist keine politische Macht und hat keine politische Aufgabe. Sie ist die Stätte der Liebe, durch Gott in den Menschen bereitet. Was die Früchte dieser vielen Bemühungen sein werden, das steht dahin. Aber die Wirkung dieser Liebe ist nicht eine unsichtbare Sache und die Früchte dieser Liebe sind nicht jenseitige Früchte. In dem beengten Raum der Welt lebt der ewige Widerspruch, stehen Versuch und Versagen, stehen Hoffnung und Hinderung. In dieser Welt, die erfüllt ist von dämonischen Mächten und von Engelskräften, – sich in dieser Welt für den Frieden einzusetzen, der ein Frieden ja schließlich zwischen den Menschen sein soll und der von Gott gestiftete Frieden und nur ein solcher sein kann, gibt es etwas Zeitgemäheres und Moderneres?

Dies kann und dies soll die Kirche uns geben in der Gemeinschaft, die sie für uns ist und aus der heraus sie handelt. Sie wird durch diese Gemeinschaft der Welt etwas geben, und vermitteln, ich glaube, Besseres als wir vielfach denken. Dafür haben wir nicht nur der Kirche zu danken, sondern dem, dessen Stiftung und Wirken sie ist: Gott.

Fehlender Bekennermut

Es ist wieder einmal typisch: Die in Duisburg ansässige Gemeinschaft Evangelischer Erzieher (GEE) ist – wie der Evangelische Pressedienst kürzlich mitteilte – im Rahmen ihrer Überlegungen zu der von der sozialliberalen Koalition in Düsseldorf geplanten Einführung der Kooperativen Schule zu der Auffassung gelangt, daß Christen ja wie nein zur Kooperativen Schule sagen können.

Sehr viel mutiger – weil klar und deutlich – erscheint der Redaktion der Evangelischen Verantwortung der Aufruf der „Evangelischen Elterninitiative NRW“ anlässlich des Volksbegehrens, in dem die evangelischen Eltern und darüber hinaus alle wahlberechtigten Bürger in Nordrhein-Westfalen aufgefordert wurden, von ihrem Entscheidungsrecht Gebrauch zu machen und das Volksbegehren gegen die Einführung der Kooperativen Schule zu unterstützen.

In dem Flugblatt der Evangelischen Elterninitiative NRW lesen wir u. a.:

Aus der Verantwortung als evangelische Christen fordern wir für unsere Kinder und ihre Zukunft gute Schulen,

- in denen der junge Mensch im Mittelpunkt steht,
- in denen Erziehung ihre Bedeutung wiedergewinnt,
- in denen junge Menschen ihre Persönlichkeit entfalten können,
- in denen Geduld, Liebe, Opferbereitschaft und Vertrauen keine fremden Vokabeln sind,
- in denen Lehrer unterrichten, die sich zu diesen Werten bekennen,
- in denen Lehrer die Neigungen und Begabungen des einzelnen Kindes fördern können,
- die überschaubar sind,
- in denen unsere Kinder in kleinen Klassen und Lerngruppen Geborgenheit finden können,
- in denen unsere Kinder gefördert, aber nicht überfordert werden,

- in denen unsere Kinder zu sinnvoller Leistung ermutigt werden,
- in denen nicht experimentiert wird,
- zu denen Eltern und Kinder Vertrauen haben.

Wie die Vorsitzende der Evangelischen Elterninitiative NRW, Frau Grete Schneider/Münster, Mitglied des Rates der EKD, der Evangelischen Verantwortung gegenüber mitteilte, wird die nächste Mitgliederversammlung der Evangelischen Elterninitiative NRW, die sich im übrigen in „Evangelische Eltern- und Lehrerinitiative NRW“ umbenennen will, im Mai stattfinden.

Die Evangelische Verantwortung ruft Ihre Leser aus Nordrhein-Westfalen zur Mitarbeit auf. Da bei Drucklegung der genaue Termin für die Mitgliederversammlung noch nicht festlag, bittet die Evangelische Elterninitiative im Falle der Bereitschaft Ihrer Mitarbeit um eine kurze Nachricht an:

Evangelische Elterninitiative NRW,
Postfach 15 21, 5300 Bonn 1

Aus unserer Arbeit

Die Versuchung ist groß

Landkreis Leer: „Hochsaison der Ladendiebe“, das ist nur eine jener vielen Schlagzeilen, die einerseits die Spitze des Eisberges „Wohlstandskriminalität“ signalisieren, andererseits in ihrem Sprachgebrauch ein ständig wachsendes Problem in gewisser Weise verharmlosen.

Die Podiumsdiskussion des Evangelischen Arbeitskreises im CDU-Kreisverband Leer beleuchtete aus verschiedenen Blickrichtungen die mit dem steigenden Wohlstand einhergehende Kriminalität; sie versuchte den Ursachen nachzuspüren und nach Möglichkeiten der Eindämmung zu suchen.

Unter der Gesprächsleitung von Dr. Wilhelm Wübbena, Leer, führten vier Referenten in eine Thematik ein, deren Inhalte schon eingangs als eine „neue Herausforderung an alle Bürger unseres Landes“ gekennzeichnet worden waren. W. Ontijd, Kriminalhauptkommissar aus Aurich, J. van Lessen, Rechtsanwalt in Leer, Dr. Koller, Superintendent des Ev.-luth. Kirchenkreises Leer und W. Paul, Oberstudienrat in Leer, brachten dazu ihre Gedanken ein.

Zuvor hatte Kreisvorsitzender Hinrich Baumann die in der Aula der Teletta-Groß-Schule versammelten Gäste begrüßt und es als Aufgabe einer Volkspartei dargestellt, Probleme und Konflikte der Zeit aufzugreifen, mit den Bürgern zu diskutieren und Lösungen zu suchen.

Als ein „Forum für geistige Probleme unserer Zeit“ möchte Dr. Wübbena den Evangelischen Arbeitskreis verstanden wissen; dieses Forum wolle an den Grundlagen politischer Ethik mitarbeiten und Hintergründe zu den Zeichen der Zeit aufhellen.

Die Vielfalt der Äußerungen dieses Abends in Fragen, Beiträgen und Anmerkungen zeigte in Umrissen die Meinungsverschiedenheit unserer Tage. Eine Warnung wurde laut: Auf der Suche nach Ursachen der Wohlstandskriminalität nicht einer gewissen Mono-Kausalität anzuhängen; vielerlei sei mitbeteiligt: Erkanntes und noch Unbekanntes. Der Selbstgerechtigkeit wurde entgegengetreten und dazu die Frage angehängt: Sind wir nicht selbst schuldig geworden, indem wir Wohlstand zum Selbstzweck erho-

ben? Der freiwillige Verzicht wurde angesprochen; auf ihn dürfe nicht verzichtet werden; in der Verfügbarkeit materieller Güter liege die vielzitierte Lebensqualität nicht vom Anfang bis zum Ende begründet.

Trotz ideologisch eindeutiger und einseitiger Tendenz einiger Debat-tenredner ließ sich die Gesprächs-leitung nicht ins Abseits des Kern-themas drängen. So blieb dem Abend auch als Nachwirkung er-halten, was er sein wollte: Anre-gung und Anstoß, einer Herausfor-derung zu begegnen, die sich an den Kern des Menschseins richtet.

Neuwahlen beim EAK-Landes- verband Rheinland-Pfalz

Speyer: Am 11. Februar 1978 fand in der Stadthalle zu Speyer die diesjährige Landestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Rheinland-Pfalz statt.

Landtagspräsident Albrecht Mar-tin wurde von den nahezu 200 wahl-berechtigten Mitgliedern des Ar-beitskreises mit überwältigender Mehrheit für weitere zwei Jahre in seinem Amt als EAK-Landesvor-sitzender Rheinland-Pfalz bestätigt.

Die Bundestagsabgeordnete Wal-trud Will-Feld aus Bernkastel-Kues wurde als stellvertretende Vorsit-zende ebenfalls bestätigt und als 2. stellvertretender Vorsitzender wurde Pfarrer i. R. Erich Tammling aus Bad Bergzabern neu gewählt.

Aus einem ausführlichen Bericht, den Pfarrer Tammling über den Ab-lauf der Landestagung verfaßte, sei auszugsweise zitiert: „Zur hellen Freude des Vorsitzenden des EAK, Landtagspräsidenten Albrecht Mar-tin, MdL, war der große Saal der Stadthalle von sehr interessierten Menschen, von nah und fern her-beigeeilt, voll besetzt. Unter den zahlreichen Gästen wurden persön-lich begrüßt: Landwirtschaftsmini-ster Otto Meyer, der CDU-Fraktions-vorsitzende Rudi Geil, Regierungs-präsident Hans Keller, Herr Weiß als Präsident des Rechnungshofes Rheinland-Pfalz, Oberkirchenrat Scheib als Vertreter der protestan-tischen Landeskirche der Pfalz, Oberkirchenrat Johnsen aus Darm-stadt von der Hessischen Landes-kirche. Lic. Immer, Präses der Rhei-nischen Landeskirche, hatte sich schriftlich entschuldigt, er wünsch-te der Tagung einen guten Verlauf.

Begrüßt wurde ferner der Rektor der Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Herr Merten. Last not least der Geschäftsführer des EAK der CDU/CSU, Dr. Peter Egen aus Bonn.

Die Vertreter von Presse und Rundfunk wurden besonders ob ihrer nicht leichten Aufgabe gewür-digt. Zuhörer waren gekommen aus weit entfernten Kreisen wie Wester-burg und Ahrweiler. Dies ohne jede finanzielle Unterstützung.“

Das Grußwort für die CDU über-brachte Ministerpräsident Dr. Bern-hard Vogel, MdL, und neben dem Rechenschaftsbericht von Albrecht Martin stand das Referat von Staatssekretär Prof. Dr. Roman Herzog zum Thema „Der Evange-lische Beitrag zur Grundsatzdiskus-sion der CDU“ im Mittelpunkt der EAK-Landestagung Rheinland-Pfalz.

In den anschließenden Wahlen wurden außer dem Vorsitzenden und den beiden Stellvertretern nachfolgende sieben Beisitzer ge-wählt:

Ursula Däuwel, Mainz; Prof. Dr. Friedrich Ehrenbrand, Mainz; Ger-not Heck MdL, Nieder-Wiesen; Regierungspräsident Hans Keller, Neustadt; Marie-Elisabeth Klee, Mainz; Thomas Rank, Speyer und Ursula Starlinger MdL, Böhl-Iggel-heim.

Im Gespräch mit der Kirche

Braunschweig: Auf Einladung der Evangelisch-lutherischen Landes-kirche Braunschweig fand kürzlich unter Leitung von Landesbischof Dr. Gerhard Heintze im „Haus kirchlicher Dienste“ in Braun-schweig ein Abendgespräch statt, zu dem der CDU-Landesvorstand Braunschweig sowie der Vorsit-zende des Evangelischen Arbeits-kreises der CDU Ernst von Essen aus Salzgitter eingeladen worden waren.

Folgender Bericht über dieses Gespräch wurde uns von seiten des Evangelischen Arbeitskreises Braunschweig übermittelt, den wir in Übereinstimmung mit Pfarrer Helmut Stammberger von der kirch-lichen Seite nachfolgend veröffent-lichen:

Von der Kirchenleitung wurden bei dem Gespräch insbesondere die Themen „Religionsunterricht an

den Schulen“ und „Einrichtung von Sozialstationen in Niedersachsen“ zur Diskussion gestellt; weitere vor-gesehene Themen konnten aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden, und das vom Landesvor-sitzenden der CDU, Ernst-Henning Jahn MdL, gestellte Thema nach dem Selbstverständnis der Kirche konnte nur andiskutiert werden; es soll nochmals in kleinerem Kreise zur Sprache kommen. Die Sorge, daß die Kirche sich oftmals zu sehr dem politischen Trend des Augenblicks zuwende und sich in Dinge verliere, die die Auffassung nur einer einseitigen politischen Richtung sind, waren Ausdruck in der Begründung dieses Themas, zu dem Ernst-Henning Jahn eine Reihe von Beispielen vorbrachte. Dr. Köh-ler, MdB, ergänzte diese Begrün-dung mit dem Hinweis auf die Pro-testaktion von 25 Pfarrern aus Wolfsburg zu einer Aussage der EKD; die Folge dieser Protest-aktion sei eine für das Kirchenvolk nicht zumutbare Darstellung der Kirche und könne nicht hingenom-men werden. Aber auch am Bei-spiel der von Pastor Stammberger für die Landeskirche organisierten „Braunschweiger Gespräche“, die monatlich stattfinden, wurde auf das Übergewicht einer einseitigen politischen Ausrichtung hingewie-sen, die allerdings von dem Genannten als korrekturbedürftig in der erfolgten Darstellung bezeich-net wurde.

Die Bereitschaft der Landes-kirche, das von Ernst-Henning Jahn angeschnittene Thema in weiteren Gesprächen zu behandeln, läßt hoffen, daß mit diesem „Abendge-spräch“ ein Weg beschritten wurde, aus dem konkrete Vorstellungen für die aus Liebe in der Politik han-delnden Christen erwächst; denn es ist die Liebe zum Nächsten, die den Christen auf das politische Be-tätigungsfeld verweist.

Das Abendgespräch begann mit dem Thema „Religionsunterricht in den Schulen“. Hierzu hatte Pfarrer Wilhelm Reinmuth auf einen Fehlbedarf an den Oberstufen der Gym-nasien von 66 % hingewiesen und gebeten, doch auf der politischen Ebene zu helfen, daß dieser kata-strophale Zustand verbessert wird. Oberlandeskirchenrat Becker sprach im gleichen Zusammenhang auch noch vorgesehene Kürzungen im Bereich des Theologiestudiums an, die eine erhebliche Verschlechterung der Ausbildung mit sich bräch-

ten. Alle Teilnehmer waren sich über die Bedeutung des Religionsunterrichtes im klaren. CDU-Landesvorsitzender Jahn versprach, notwendige Initiativen beim Kultusministerium in Hannover zu ergreifen.

Eine sehr schwungvolle Diskussion ergab sich zur Frage der flächendeckenden Einführung von Sozialstationen in Niedersachsen, nachdem der Direktor des Diakonischen Werkes der Landeskirche, Pfarrer Kurt Schmidt, für Braunschweig nachgewiesen hatte, daß über die vorhandenen 27 Schwesterstationen in der Stadt Braunschweig eine gute Versorgung im Sinne der Sozialstationen durch das Diakonische Werk seit Jahrzehnten gegeben sei, daß das Diakonische Werk für den Bürger kostenlos arbeite und daß der jetzige finanzielle Aufwand, der im wesentlichen von der Landeskirche, aber auch durch einen Zuschuß der Stadt Braunschweig, getragen

werde, um das Dreifache steigen werde. Er wies auch auf die Gefahr hin, daß bei einer Ausweitung Krankenhausbetten stillgelegt werden müßten, wodurch wiederum Kostensteigerungen im Krankenhausbereich entstünden. Sein wichtigstes Argument aber war, daß die Betreuung der Menschen durch das Diakonische Werk auch einen großen seelsorgerischen Bezug habe, indem nicht nur der Leib das zu behandelnde Moment sei, sondern der ganze Mensch wird angesprochen und betreut. Landesvorsitzender Jahn versprach auch diesbezüglich, bei der Landesregierung zu vermitteln. — Aus der Sicht des Evangelischen Arbeitskreises müssen die angesprochenen Themen dankbar gewürdigt werden; denn es ist unbestritten, daß zwischen Evangelium und Politik, zwischen Glaube und politischer Verpflichtung für den Christen ein bestimmter und notwendiger Zusammenhang besteht.

Evangelischer Arbeitskreis der CDU Kiel wählte Kreisvorstand

Kiel: Die Jahreshauptversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU (EAK) wählte Dr. Heinz Zimmermann-Stock wieder zu ihrem Vorsitzenden. In seinem Rechenschaftsbericht schilderte Dr. Zimmermann-Stock zuvor die Bemühungen des EAK, das „C“ im Namen der CDU für politisch interessierte Christen glaubwürdig darzustellen.

Die vom Ratsherrn Rainer Tschorn geleitete Jahreshauptversammlung wählte zur stellvertretenden Vorsitzenden Monika HARRS; Pressereferent und Schriftführer wurde Thomas Vogtherr. Als Beisitzer gehören dem neuen Vorstand an: Bernd Heumann, Frieda Hoehn, Ute Mehnert, Günter Oetjens, Claudia Szeiki sowie Karl-Heinz Wagner-Richelmann.

Die hochschulpolitische Situation im Frühjahr 1978

RCDS ist stärkster Studentenverband

Aus den Wahlen zu den Studentenparlamenten gingen RCDS und seine Bündnispartner, vornehmlich sozialliberale und fachbereichsbezogene arbeitende Studentengruppen, als klarer Sieger hervor. Der RCDS ist die eindeutig stärkste Gruppe in der Hochschulpolitik und stellt mit ca. 400 Studentenparlamentariern bundesweit die stärkste Studentenfraktion. Er ist an 100 Hochschulorten vertreten und ist mit 6 700 Mitgliedern auch der mitgliedermäßig stärkste Verband. Dies ist das Ergebnis jahrelanger Kleinarbeit trotz gegenläufiger Tendenzen in der Hochschulpolitik.

Der RCDS ist besonders stark in den juristischen, wirtschaftswissenschaftlichen, medizinischen und agrarwissenschaftlichen Fachbereichen, schwächer bei Politologen und Soziologen und an den meisten Pädagogischen Hochschulen.

Der RCDS führt, bestimmt mit oder trägt heute wieder 15 Allgemeine Studentenausschüsse. Die wichtigsten sind: Bonn, Bochum, Köln, Paderborn, Kiel, Ulm, Regensburg, Augsburg, Mannheim, FH-Ludwigshafen, FH-Regensburg, FH-

Germersheim, TiH-Hannover (in Münster und an der PH-Aachen besteht die große Chance eines gemäßigten AstA).

Volksfront verhindert demokratische Mehrheiten

Der Grund dafür, daß der RCDS im Verhältnis zu seiner Stärke nur in relativ wenigen Studentenvertretungen beteiligt ist, liegt vor allen Dingen daran, daß ihm ein größerer demokratischer Koalitionspartner im sozial-liberalen Lager fehlt.

Die Jusos und der Liberale Hochschulverband weigern sich nach wie vor, mit dem RCDS zu koalieren und gehen statt dessen fast überall Volksfrontbündnisse mit den verschiedenen kommunistischen Organisationen ein. Der RCDS steht noch immer an den meisten Hochschulen allein dem gesamten Linksblock gegenüber.

Dadurch, daß SPD und FDP sich weiterhin weigern, sich klar von der

Volksfront an den Hochschulen zu distanzieren (z. B. gab es in jüngster Zeit Wahlaufufe von SPD-Bundestagsabgeordneten — Thüsing, Paderborn und Friedrich, Würzburg —, zugunsten von Volksfrontlisten und dürfen Mitglieder des verfassungsfeindlichen Sozialistischen Hochschulbundes (SHB) noch immer der SPD angehören), werden Jusos und LHV trotz ihrer linkssozialistischen Politik von fast allen SPD- und FDP-Anhängern gewählt.

Durch die Volksfrontpolitik haben die Kommunisten nach wie vor die Möglichkeit, in Schlüsselpositionen der Studentenschaft zu gelangen. An insgesamt ca. 40 Hochschulen bestehen heute Volksfrontbündnisse (vgl. dazu RCDS-Dokumentation: Volksfront vom Juli 1977).

Die Zeit der dogmatischen Kommunisten ist vorbei

Die großen Verlierer der Studentenparlamentswahlen des letzten Jahres sind die orthodox-kommu-

nistischen Studentengruppen Spartakus (DKP) und Sozialistischer Hochschulbund (SHB) sowie die verschiedenen maoistischen „K-Gruppen“. Die Verluste dieser Organisationen im bundesweiten Durchschnitt liegen bei etwa 15%. Dieses ist ein Erfolg einer klar anti-kommunistischen Politik des RCDS.

Einen Teil dieser kommunistischen Stimmen haben undogmatische linkssozialistisch orientierte sogenannte „Basisgruppen“ aufgefangen. Die Basisgruppen betreiben eine sehr radikale und unkonventionelle Politik, die viele partei- und staatsverdrossene Studenten auch des gemäßigten Lagers anspricht. Der stark radikale Minderheitenflügel der Basisgruppen (Buback-Nachruf) hat keine wesentliche Unterstützung in der Studentenschaft. In Göttingen und Tübingen, wo sich die Basisgruppen voll mit dem Buback-Nachruf identifizierten, verloren sie einen Großteil ihrer Wähler.

Gruppen rechts vom RCDS führen zur Spaltung des Unionspotentials

An einigen Hochschulen gibt es Versuche, Organisationen aufzubauen, die vorgeben, an der Hochschule „eine harte Parteilinie“ gegen den „anpasserischen“ RCDS zu vertreten. Solche Gruppierungen führen lediglich zu einer Spaltung der RCDS-Stimmen.

An allen Hochschulorten, wo solche Gruppierungen kandidierten, verlor der RCDS seine rechten Stimmen an diese Organisationen. Eine Vergrößerung des Gesamtpotentials konnte in keinem Fall festgestellt werden (Göttingen und Münster). Die Spaltung der Unions-sympathisanten an den Hochschulen nach dem Vorbild einer vierten Partei ist an der Hochschule noch weitaus unsinniger als in der Gesamtgesellschaft.

Im Hochschulbereich geht es nämlich nicht um eine Auseinandersetzung zwischen den demokratischen Parteien, sondern um die Auseinandersetzung um die Gesellschaftsordnung insgesamt. Klein-kariertes Gezänk über die politische Strategie bindet Kräfte und nützt den Linksradikalen. Die Union sollte alles tun, um die Gründung von „Spalterorganisationen“ zu verhindern.

Der RCDS hat neben der Aufgabe, christlich-demokratisches Ge-

dankengut an den Hochschulen zu verbreiten, auch die Funktion des demokratischen Interessenvertreters der Studenten, zumal der sogenannte studentische Dachverband VDS diese Aufgabe nicht erfüllt, sondern sein Volksfrontvorstand sich lediglich in Theoriediskussionen à la Kasperltheater über die „richtige“ marxistische Politik ergeht. Aus der Funktion des Interessenvertreters folgt, daß der RCDS in Teilbereichen der Politik zu anderen Auffassungen kommt als z. B. die Bildungspolitiker der Union (so ist der RCDS gegen die Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft in Baden-Württemberg). Ähnlich also wie die Vereinigungen der Union sieht es auch der RCDS als seine Aufgabe an, Interessen eines Teilbereiches in der Union zur Sprache zu bringen.

„Generalstreik“ der Marxisten gescheitert, aber weiterhin Radikalisierungsgefahr

Durch die katastrophalen Berufsaussichten, die Regelstudienzeiten und die vielfach unzureichende soziale Absicherung besteht weiterhin eine große Unzufriedenheit innerhalb der Studentenschaft. Sie stellt einen Nährboden für radikale Gruppen dar. Die Tatsache, daß der von sämtlichen Linksgruppen angekündigte bundesweite „Generalstreik“ aufgrund des Einsatzes des RCDS kläglich scheiterte, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich viele Studenten einem kollektiven Protest in Zukunft dann nicht mehr verschließen werden, wenn nicht eine Verbesserung der studentischen Situation erreicht wird.

Verlust des Rechtsbewußtseins

Durch das jahrelange Nichtstun der Verantwortlichen bei der widerrechtlichen Wahrnehmung eines allgemeinen politischen Mandates durch die Verfaßten Studentenschaften und bei Störaktionen, die mangelnde Zivilcourage vieler Professoren, Rektoren und Kultusminister, die inkonsequente Handhabung rechtlicher Möglichkeiten und die Bequemlichkeit und Starrheit vieler Vertreter der Politik wurde bei vielen Studenten eine Verbil-

dung des Rechtsbewußtseins bewirkt; das Rechtsempfinden in der Hochschule ist vielfach völlig anders als in der Gesamtgesellschaft.

So werden z. B. Schmierereien an Hochschulgebäuden als völlig normal empfunden, Studenten, die zum Rechtsschutz Gerichte anrufen, vielfach als „Denunzianten“ angesehen und in einigen Fällen notwendige Polizeieinsätze emotional abgelehnt.

Dieses erschwert die politische Arbeit des RCDS, der nur schwer einen Rechtsstaat vertreten kann, der in vielen Fällen vor den Toren der Hochschule haltmacht. Die Auffassung, z. B. bei Streikaktionen müsse der RCDS selbst „Hand anlegen“ und sich den Weg zum Hörsaal „freikämpfen“, wie sie teilweise auch aus dem Unionsbereich erhoben wurde, bedeutet eine Bankrotterklärung des Rechtsstaatsgedankens und leistet der Untergrabung des Rechtsstaates durch linksradikale Ideologen Vorschub.

Graben zwischen Hochschule und Gesellschaft

Zwischen den Hochschulen und der Gesellschaft besteht kaum noch ein Dialog. Immer häufiger ist in der Öffentlichkeit eine gefährliche Anti-Hochschul- und Anti-Studentenstimmung festzustellen. Diese wird hervorgerufen durch die Pauschalierung linksradikaler Aktivitäten.

Die gesamte Studentenschaft leidet unter den Aktivitäten einer kleinen linksradikalen Minderheit. Die Öffentlichkeit neigt dazu, die Studenten insgesamt als radikal und „arbeitsfaul“ anzusehen. Die Isolierung von Studenten führt zu einem bestimmten Gettoverhalten, das sozial abweichendes Verhalten fördert.

Es muß aus diesem Grunde in Zukunft darauf verzichtet werden, die Hochschulen pauschal anzugreifen („Terrorsumpf“-Zitat) und darauf hingewiesen werden, daß die überwiegende Mehrheit der Studenten arbeiten will und unsere Gesellschaftsordnung grundsätzlich bejaht. Die Veranstaltungsreihe von CDU-Politikern an der Hochschule war ein positiver Ansatz, den Dialog zwischen Hochschule und Gesellschaft zu verbessern und die Studenten zu integrieren.

Über die bildungspolitische Situation in der Bundesrepublik Deutschland

Hans-Günther Assel

Unsere Kulturpolitik, die sich in die Einzelbereiche Bildung, Wissenschaft und Kunst gliedert, wird als wichtiger Teilbereich der Gesellschaftspolitik betrachtet und im kulturpolitischen Sektor erhält die Bildungspolitik eindeutigen Vorrang. Sie stellt das Feld der großen Auseinandersetzung in unserer Zeit dar und die „Neue Linke“ benutzt sie als Hebel zur Systemveränderung. Das Wort: „Kulturrevolution“ deutet an, welche Intentionen hier mitschwingen. Es geht um die Beseitigung der „spätbürgerlichen“ Bildungspolitik.

Das Grundgesetz von 1949 räumt dem Bund nur geringe Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Kulturpolitik ein, denn diese gilt als das Kernstück des Föderalismus, so daß den Ländern in der Bundesrepublik die Kulturhoheit obliegt. Es fehlt nicht an kritischen Stimmen gegen die partikularisierte Kulturhoheit, weil es nach ihrer Auffassung zu wenig einheitliche Bundesrichtlinien gibt. Die DDR dagegen rühmt sich einer Erziehung zur „sozialistischen Nationalkultur“, die sich „auf der Grundlage der sozialistischen Produktionsverhältnisse und der Führung der sozialistischen Partei als „Teil der Kultur des sozialistischen Weltsystems“ versteht, als „Quell aller geistigen und sittlichen Kräfte der sozialistischen Menschengemeinschaft, die auch die fortschrittlichen Kräfte in den kapitalistischen Staaten beeinflussen will“.

Gegen sozialistischen Alleinvertretungsanspruch

Das sozialistische Kulturverständnis spiegelt einen doktrinären Alleinvertretungsanspruch, den die sozialistische Monopolideologie erhebt. Ähnliche Bestrebungen verfolgen bestimmte Vertreter linker Gruppen in der Bundesrepublik. Seit der Renaissance des Marxismus geriet die bestehende Gesellschaft mit ihren Institutionen unter den Druck dieser Ideologie, die

nicht bestehende Mißstände verbessern, sondern das Maß der Loyalität gegenüber der Bundesrepublik erschüttern will. Ihre Kritik gegen die Schwächen einer traditionsgesteuerten Erziehung verbindet sich daher mit massiver Systemkritik, die alle Institutionen nach den eigenen Vorstellungen grundlegend verändern will. Die Kluft zwischen einer elitären Bildung und einer bloß berufsbezogenen Ausbildung breiter Schichten hat seit den Tagen Humboldts eine duale Situation in Deutschland heraufbeschworen: das Ideal einer harmonischen Persönlichkeitserziehung, welches sich auf geisteswissenschaftliche Inhalte konzentrierte und sich von den Realien fernhielt, sowie eine realistische Berufsbildung, die den einzelnen befähigte, den Anforderungen der Gesellschaft zu entsprechen. Von einer Gleichwertigkeit dieser beiden Bildungsformen war lange Zeit keine Rede. Humboldts Hauptbemühen war es, jeden Bezug auf das praktische Leben zu eliminieren, um den Vorrang der gymnasialen mit der Universitätsbildung zu begründen.

Für die Einheit von Bildung und Ausbildung

Erst mit Kerschensteiner entstand ein Gegenpol zu dieser Grundauffassung und damit der Versuch, die allgemeine und berufliche Bildung zu integrieren. Seine kritiklose Anerkennung der sozio-ökonomischen Verhältnisse vermochte aber nicht dem Bildungswesen eine stärkere demokratische Komponente zu verleihen. Sie ließ sich erst nach 1918 durchsetzen. Die deutsche Volksschule zeichnete sich bis zu diesem Zeitpunkt kaum durch ihre „demokratische“ und fortschrittliche Einstellung aus. Auch zur weiteren Geschichte der Demokratisierung gehören Gegenströmungen, die sich solchen Prozessen entgegenstellten. Ein kontinuierlicher demokrati-

scher Fortschrittsprozeß setzte sich auch im neuzeitlichen erziehungswissenschaftlichen Denken unserer Bildungsgeschichte nicht durch. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurden halbfeudale, ständische und obrigkeitsstaatliche Restformen mit der industriellen Entwicklung und Modernisierung in der Bundesrepublik und mit der Festigung der neuen parlamentarischen Demokratie beseitigt. Der „Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen“ verwies zuerst auf die untrennbare Einheit von Bildung und Ausbildung. Er förderte Verständnis für die Gesellschaft, in der man lebte, um humane und berufliche Bildung zur Leitlinie der Erziehung zu machen und um die Funktion von Bildung und Beruf in der komplexen Gesellschaftsstruktur erkennen zu können.

Bildungs- und Leistungsnachweise verdrängten immer mehr soziale Herkunft und Besitzverhältnisse, obwohl sie weiterhin eine gewisse Rolle spielten. Der Ruf nach Chancengerechtigkeit und die Kritik an manchen Bildungsmaßnahmen ließ sich nicht unterdrücken. Daß sich mit den Bildungschancen zugleich Sozialchancen verknüpften, war die von Helmut Schelsky vertretene These in den fünfziger Jahren. Die alte Vorstellung vom „pädagogischen Schonraum“ wurde als antiquiert „entlarvt“ und eine realistische Beurteilung im Verhältnis der Gesellschaft zur Schule gefordert, d. h. die Schule sollte sich den Entwicklungstendenzen der Gesellschaft und den technisch bestimmten „Sachzwängen“ anpassen. Aber auch diese Auffassung forderte die Kritik heraus, weil die Gesamtgesellschaft nicht nur technischen Zwängen unterlag, sondern auch von dominanten Gruppen beeinflusst wurde, die ihre partikularen Interessen absicherten.

Noch vor Ausbruch des Studentenprotestes erregte die Kritik an der Bildungspolitik von Georg Picht und von Ralf Dahrendorf die ganze Bundesrepublik. Pichts War-

nung vor einer „Bildungskatastrophe“ im Jahre 1964 und Dahrendorfs These von 1965: „Bildung ist Bürgerrecht“ begünstigten Bildungsreformen, welche den Schwerpunkt auf den Zugang zu den Gymnasien verlegte. Picht sah den Zusammenbruch des Schulwesens in der Bundesrepublik voraus, weil „Weder Lehrer noch Klassenräume zur Verfügung stehen werden“, und Dahrendorf rügte die Chancenungleichheit der weiterführenden Ausbildung und verwies dabei auf die Land- und Arbeiterkinder, sowie auf Mädchen und die Katholiken, welchen eine Gleichberechtigung im Bildungssystem bisher versagt blieb.

Reformen oft ohne Gesamtkonzept

Die Kritik, die den Rückstand im Bildungswesen thematisierte, bezog sich vor allem auf die Merkmale: Chancenungleichheit und mangelnde Partizipation, enges Laufbahndenken und starre Prüfungsvorschriften und stellte besonders das „Bildungsdefizit“ breiter Schichten, insbesondere das der Arbeiterkinder heraus. Da man attraktive Berufsfelder für Abiturienten als Alternative zum Studium nicht entwickelte, d. h. einen synchronen Anschluß von Bildung und Beruf zu wenig bedachte, rollte bald die durch die verstärkten Bildungsanstrengungen bedingte Abiturientenlawine auf die Hochschulen zu, welche bald zum Numerus Clausus führte. Hochschulreformgesetze sollten Entlastung bringen, aber sie waren Sache und Aufgabe der Länder. Der Nachholbedarf im Schul- und Bildungswesen schien in der Mitte der sechziger Jahre alarmierend zu sein, weil die an die industrielle und demokratische Gesellschaft zu stellenden Anforderungen offensichtlich nicht ausreichten, denn alle Zahlenvergleiche hoben den eingetretenen Rückstand hervor, der schließlich jene Bildungsexpansion Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre auslöste. „Sicherlich hatte jede dieser Reformen im einzelnen ihre Berechtigung“, bemerkt Roth, „der Fehler jedoch war, daß diese jeweils nur von einem Bereich zum anderen vollzogen wurden, ohne das unumgängliche Koordinations-system eines bildungspolitischen Gesamtkonzepts“.

Gegen Gleichheit – für individuelle Entfaltung

So vollzog man eine Kehrtwendung in der Bildungspolitik nach der anderen. Hans Maier traf den Sachverhalt, wenn er betonte: „Die Bildungsexpansion hat im Grunde nur die Idee Humboldtscher allgemeiner Bildung sozialisiert, ohne die Minderbewertung beruflicher Bildung aufzuheben“. Die Kritik an den Bildungsprivilegien trug den gesellschaftspolitischen Grundsatzkonflikt mit in die ganze Auseinandersetzung der sechziger Jahre hinein. Jetzt äußerte man den Verdacht, daß die Schule zur Produktionsstätte der Ware „Arbeitskraft“ wurde, ohne ihre wahren Ziele: Mündigkeit und Demokratisierung zu fördern. Die stürmische Bildungsexpansion der folgenden Jahre erweiterte das Bildungsnetz in einseitiger Weise, weil man die Abiturientenzahlen zum Maßstab der Bildungspolitik erhob. Damit verlagerte man den Schwerpunkt auf das Hochschulstudium. Mit Ausbruch des Studentenprotestes engagierten sich besonders die Vertreter der „Kritischen Theorie“ für eine „emanzipierte Beteiligung“ an allen Gesellschaftsproblemen. Sie forderten Mündigkeit und Gleichheit für alle, obwohl diese Mündigen gar nicht alle gleich sein können, weil sie unterschiedliche Rollen im Positionsgefüge der Gesellschaft einnehmen. Eine totale Homogenität und Gleichheit läßt sich nicht erreichen, wenn man individuelle Entfaltung und die Funktionsunterschiede zu berücksichtigen hat. Die Vorstellung, allen die gleiche Bildung ohne jeden praktischen Nutzen zu vermitteln, blieb eine irrealer Auffassung. Schichtenspezifische soziale Defizite hoffte man durch gleichartige Lernmöglichkeiten zu eliminieren. Leistungsanforderungen wurden stets mit dem Hinweis des unerträglichen Leistungsdrucks abwertend beurteilt. Die Heranwachsenden sollten sich nicht für kapitalistische Profitinteressen „abrichten“ lassen.

Die totale Politisierung des Bildungsbereiches mit dem Ziel der Systemsprengung stand den zu verfolgenden Aufgaben staatlicher Bildungspolitik konträr gegenüber. Dieser ging es um Erziehung zur personalen Freiheit und zur Mitverantwortung für die gesellschaftlichen Bereiche und um Reformpoli-

tik, welche die Chancen für alle Gesellschaftsschichten erweiterte und ihnen größeren Spielraum für Selbstverwirklichung ermöglichte. Die so viel geschmähte partikularistische Kulturhoheit der Länder schuf im Verlauf der Nachkriegsjahrzehnte einen „kooperativen Bildungsföderalismus“ und Institutionen, welche eine dritte Ebene zwischen Bund und Ländern herstellten.

Als Koordinationsgremium dient bis heute die Ständige Konferenz der Kultusminister, die zahlreiche bildungspolitische Weichen stellte und einen hohen Grad der Einheitlichkeit im Bildungswesen bewirkte. Bund und Länder wirken bei der Bildungsplanung, beim Ausbau und Neubau von Hochschulen und bei der Förderung der wissenschaftlichen Forschung zusammen. Die 1970 gegründete Bund-Länder-Kommission hat sich um einen bis 1985 projektierten Bildungsgesamplan bemüht und damit den ersten langfristigen Plan für alle Bildungsbereiche aufgestellt. Er ist ein Beweis für das Funktionieren des „kooperativen Bildungsföderalismus“, und macht deutlich, daß zu zentralistischen Maßnahmen und einseitigen Verordnungen durch den Bund keine Veranlassung besteht, weil man bisher immer sachgerechte Lösungen im Interesse der Staatsbürger fand. Ein kulturpolitischer Unitarismus mit Einheitsrezepten, verordnet durch ein Bundeskultusministerium, könnte kaum zu befriedigenderen Lösungen gelangen.

Für Vergrößerung des freiheitlichen Gestaltungsspielraumes

Eine freiheitliche Reformpolitik muß kulturpolitischen Aufspaltungsstrategien entgegenwirken. Parteien und Regierung sind aufgerufen, die grundgesetzlichen Kerninhalte, die wir als Konsens- und Legitimationsgrundlage betrachten, als Bildungs- und Erziehungsziele für das Volksganze noch stärker als bisher zu thematisieren. Die freie Auseinandersetzung mit den Werten und der geistigen Substanz unserer Verfassung, mit ihrem materialen Gehalt und ihrem gesellschaftlichen Selbstverständnis, sowie mit ihrem Konkretheitsgrad, gibt vor allem der „Richtigkeit“ einer freiheitlichen Grundordnung

und ihrer Aktualisierung neue Impulse. Nicht zuletzt muß in kritischer Absicht die Überprüfung einer Wertordnung mit der Hervorhebung von Menschenwürde und Grundrechten eine permanente Diskussion darüber auslösen, inwieweit solche Grundprinzipien „inhaltliche“ Realität für das politische Leben besitzen. Hier wird nicht zuletzt die spezifische Aufgabe der politischen Bildung in der Gegenwart angesprochen. Das Grundgesetz der Bundesrepublik enthält essentielle Grundelemente, die entwicklungs offen sind, d. h. daß man über die politische Umsetzung unterschiedliche Vorstellungen entwickeln kann. Eine dynamische und kontroverse Verwirklichung dieser Prinzipien ist möglich. Dieser Gestaltungsspielraum läßt sich von der praktischen Politik innovativ nutzen und kann sich über jedes enge Status-quo-Denken hinwegsetzen, wenn man Freiheit und Chancengerechtigkeit zu Indikatoren der Qualität der eigenen Gesellschaftsform macht. Wer die Kerninhalte unserer Verfassung als Elemente des zu bildenden Konsensus betrachtet, kämpft für die freiheitliche Demokratieform. Eine Erziehung zur Revolution oder zur bildungspolitischen Utopie, zur Erziehungsdiktatur oder zur Monopolideologie endet immer – nach allen bisherigen Erfahrungen – mit der

Vergewaltigung der personalen Freiheit. Deshalb hat eine moderne Reformpolitik ein Doppeltes zu beachten: Erstens hat man sich vor dem Rückfall in den bildungspolitischen Pragmatismus zu bewahren, weil er eine klare Zielsetzung vermissen läßt und das Handeln der Kulturbürokratie überträgt, und zweitens hat man sich vor jedem ideologischen Rigorismus zu schützen, weil er sich aus machtpolitischen Gründen für Systemüberwindung engagiert.

Gegen die marxistische Utopie

Es widerspricht dem Sinn freiheitlicher Bildungspolitik, den Zielen der marxistischen Utopie zu folgen und es widerspricht ihr ebenso am alten Bildungsideal der Schichtengesellschaft festzuhalten, welche die humane von der beruflichen Bildung trennte. Eine pluralistische Gesellschaft, die für Freiheit und Offenheit plädiert, hat ihren Bürgern die Bildungstore weit zu öffnen und sich für die Prinzipien der Chancengerechtigkeit, der Durchlässigkeit und der Differenzierung einzusetzen, um der Begabungsfindung einen weiten Spielraum einzuräumen. Eine bildungsaufgeschlossene Umwelt gewährt

der jungen Generation die Chancen, die ihrer natürlichen Begabung und ihren Fähigkeiten entsprechen. Dabei sind auch Fehlentwicklungen in der Bildungspolitik zu reflektieren und zu korrigieren. Der überzogene Akademikerstatus hat in unserer Gesellschaft eine sprunghafte Erhöhung der Abiturzahlen ausgelöst und zur Begleiterscheinung von überfüllten Hochschulen und schließlich zum Numerus Clausus beigetragen. Die innere Struktur der Universitäten und die Organisation des Studiums stellen bis heute Probleme dar, die der zeitgerechten Lösung noch bedürfen, damit unsere Hochschulen nicht zu Brückenköpfen einer Antidemokratie und eines permanenten Protestes werden. Studienziele und Studiengänge sind ebenso an den Bedarfsforderungen der Gesamtgesellschaft wie an ihrem demokratischen Wertverständnis zu orientieren, damit vernünftiges Leistungsstreben sich mit dem demokratischen Wertbewußtsein verbindet. Der in der politischen Theoriendiskussion konstruierte Gegensatz von Leistungsdruck und Demokratie ist in seiner Einseitigkeit zu enthüllen, denn jede „postmoderne Gesellschaft“ kann ohne Leistung und demokratisches Wertbewußtsein, ohne personale Freiheit und Verantwortung für das Ganze nicht bestehen.

Kurz notiert

Stopp dem Stufenlehrer in Nordrhein-Westfalen

Bonn: Nach dem Ergebnis des Volksbegehrens gegen die Koopschule in Nordrhein-Westfalen wäre es nicht mehr als konsequent, auch die Bestrebungen und Maßnahmen zur Einführung des Stufenlehrers in diesem Lande zu stoppen. Es ist zu hoffen, daß das Bündnis der Vernünftigen auch in dieser Frage zum Tragen kommt. Wirtschaftsminister Riemer hat erfreulicherweise schon ein erstes Signal der Bereitschaft zum Nachdenken gesetzt.

Stufenlehrer-Ausbildung orientiert sich ausschließlich am Alter der Schüler und am Fach des Lehrers, nicht aber an der Neigung und am Begabungsprofil der Kinder. Wer die Schule in Stufen auflöst, macht aus der Schulorganisation Stolperschwellen für Kinder und verlangt dem Lehrer ab, sich vom Langsamlehrer bis zum Überflieger in seinem Fach auf Schüler einzustellen. Damit sind Lehrer überfordert. Die Realität des Schulalltags wäre dann entweder Überforderung für die einen oder Überforderung für die anderen.

Stufenschule bringt auch ein Statusdenken unter den Schülern mit sich, das dem mit dem höchsten

Intelligenzquotienten auch die höchste Achtung zuerkennt und das die berufliche Qualifikation ausschließlich am Abitur orientiert. Dies ist eine neue Klassengesellschaft, die in der Realität der Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien längst überwunden ist.

Im Bildungsgesamtplan haben die SPD-regierten Länder deutlich gemacht, daß die Stufenlehrer-Ausbildung für sie Konsequenz eines horizontal gegliederten Schulwesens ist. Die CDU/CSU-regierten Länder haben ein besonderes Votum eingebracht, das Lehrerbildung eindeutig als Antwort auf ein differenziertes Schulwesen versteht. Weil die CDU damals mit

allem Nachdruck vor allem auch ein besonderes Lehramt für die Grundschule gefordert hat und damit eindeutig den Grundschullehrern nicht nur als Fachlehrer verstanden wissen wollte, hat sie die Belange des Kindes durch ihr Sondervotum eingebracht. Durch die Differenzierung der Ausbildung in Sekundarstufe I und II ist schon damals auf die unterschiedlichen Begabungsprofile der Schüler Rücksicht genommen worden. Auch Lehrerbildung muß sich an den Belangen des Kindes orientieren und darf Lehrer nicht in eine pädagogische Situation bringen, in der sie um ihr Überleben kämpfen statt Erzieher sein zu dürfen.

Evangelische Verantwortung für Österreich

Wien: „Evangelische Verantwortung für Österreich“ heißt das Thema der Jahrestagung des Evangelischen Arbeitskreises der Österreichischen Volkspartei, die am 19. und 20. Mai 1978 in Perchtoldsdorf bei Wien stattfindet.

Zum Thema „Christliche Politik – Christen als Politiker“ wird auf dieser Tagung zur Eröffnung Professor Dr. Roman Herzog aus Bonn sprechen. Der zweite Tagungstag beginnt mit einem Referat von Professor Dr. Martin Honecker, Bonn, zum Thema „Protestantismus und Grundwerte“. Hieran schließt sich eine Podiumsdiskussion an, an der u. a. die Spitzenpolitiker der ÖVP Dr. Busek und Dr. Taus teilnehmen werden.

Der EAK der ÖVP möchte die Leser der Evangelischen Verantwortung auf diese Tagung aufmerksam machen und stellt Ihnen gerne das ausführliche Programm zur Verfügung, welches Sie bei Interesse anfordern können bei dem Geschäftsführer des EAK der ÖVP, Herrn Robert Kauer, Radetzkystraße 21/9, A-1030 Wien.

Erneute Verhaftung von Peter Vins

Zürich: Peter Vins, ein Mitglied der Helsinki-Gruppe in Kiew, ist am 16. Februar erneut verhaftet worden. Wie der Leiter des Instituts „Glauben in der zweiten Welt“,

Eugen Voss (Küsnacht), in einem Telefongespräch aus der Sowjetunion erst jetzt erfuhr, soll gegen Vins ein Prozeß vorbereitet werden, weil er mindestens vier Monate im Jahr keiner festen Beschäftigung nachgegangen sei. Peter Vins war bereits im Dezember 1977 verhaftet, nach zahlreichen Bittgesuchen aus dem Ausland aber wieder freigelassen worden.

Der 20jährige Sohn des Baptistenführers Georgij Vins, hat den Beruf eines Elektrikers erlernt. Aus Anstellungen wurde er meist kurze Zeit später – nach Ansicht von Beobachtern auf behördlichen Druck hin – entlassen. Zuletzt trug er in einer Bäckerei Mehlsäcke, bis er aus gesundheitlichen Gründen diesen Job aufgeben mußte. Seine Verhaftung erfolgte aufgrund einer unveröffentlichten Verfügung der sowjetischen Regierung vom 15. August 1977, nach der Personen, die insgesamt vier Monate eines Jahres ohne feste Anstellung waren, für ein Jahr in ein Arbeitslager eingewiesen werden.

Hasselmann gegen Unterschlagung der Wahrheit in Schulbüchern

Hannover: Unter Vorsitz von Dr. Herbert Hupka, MdB, hat der Bundesvorstand der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU kürzlich gefordert, den diesjährigen 17. Juni als 25. Jahrestag des Volksaufstandes 1953 in allen Städten und Kreisen in geeigneter Weise zu begehen. Es gehöre zu den dringendsten Aufgaben einer verantwortlichen Generation, dafür zu sorgen, daß die jüngste deutsche Geschichte im Bewußtsein des deutschen Volkes lebendig bleibt.

Der Freiheitswille in den kommunistisch beherrschten Teilen Deutschlands würde durch die gegenwärtige Diskussion um SED-Manifest und die Forderungen nach Menschenrechten nachdrücklich bestätigt.

Der für Vertriebenen-Fragen zuständige niedersächsische Landesminister und CDU-Vorsitzende Wilfried Hasselmann wies darauf hin, daß die niedersächsische Landesregierung nicht bereit sei, den Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkommission zu folgen. Bei der Darstellung der Ereignisse in den Kriegs- und Nach-

kriegsjahren dürfe die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten nicht unterschlagen oder mit dem Begriff „Transfer“ verschleiert werden. Auch die Verluste polnischer Gebiete an die Sowjetunion gehöre in die Geschichtsdarstellung aufgenommen, wenn man die Tatsachen nicht verfälschen wolle.

Neue EKD-Wandkarte erschienen

Hannover: Eine neue, farbige Wandkarte mit einer Übersicht über die Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ist jetzt vom Referat Statistik der EKD-Kirchenkanzlei in Zusammenarbeit mit dem Kartenverlag Größchen, Dortmund, und der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung in Bonn-Bad Godesberg erstellt worden. Die achtfarbige Wandkarte im Format 99 x 65 cm (Maßstab 1 : 1 000 000) zeigt die Gebiete der 17 EKD-Gliedkirchen nach dem Stand vom 1. Januar 1977 mit den Sitzen der Kirchenleitungen sowie den staatlichen Verwaltungsgrenzen. Dabei wurden sowohl der Zusammenschluß der vier norddeutschen Landeskirchen Eutin, Hamburg, Lübeck und Schleswig-Holstein zur Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche als auch die Ergebnisse der jüngsten Gebietsreformen berücksichtigt. Die neue Übersicht ersetzt die veraltete Wandkarte von 1954. Sie kann zum Preis von 11,- DM beim Referat Statistik der EKD-Kirchenkanzlei (Herrenhäuser Str. 2 A, 3000 Hannover 21, Telefon (05 11) 71 60 41) bestellt werden.

Einladung zu einer Seminarveranstaltung

Freiburg: Vom 7. bis 9. April findet in Oberkirch ein Seminar zum Thema „Familie“ statt. Dieses wird vom Evangelischen Arbeitskreis Baden zusammen mit dem Bildungswerk der Konrad-Adenauer-Stiftung veranstaltet und soll einen konstruktiven Beitrag zum „Jahr der Familie“ in Baden-Württemberg leisten. Das Seminar wird mit dem Vortrag eines Theologen zur Frage des Menschenbildes nach dem Neuen Testament eröffnet. Ein Po-

litiker wird anschließend zur Stellung des Menschen aus der Sicht der Union Stellung nehmen.

Der Samstag beginnt mit einem Vortrag zur Stellung der Familie aus der Sicht der Kirchen. Ein zweites Referat von Frau Minister Annemarie Griesinger steht unter dem Thema „Die Funktion der Familie in Staat und Gesellschaft“. Der Nachmittag ist mehreren Arbeitsgruppen vorbehalten, um Grundsatzaussagen der Union zu durchleuchten. Die Ergebnisse werden dann im Plenum zusammengetragen. Parallel dazu kommt der Landesvorstand des EAK-Baden zu einer Sitzung zusammen.

Ein Gottesdienst und ein Vortrag zum Thema „Familie und Erziehung“ beenden das Seminar am Sonntag.

Anmeldungen zu dem Seminar werden erbeten an: EAK-Baden, Brombergstraße 17, 7800 Freiburg, Telefon (07 61) 70 91 77.

Von dort wird den Lesern der Evangelischen Verantwortung das genaue Tagungsprogramm gerne zugesandt.

200 000 Rumänien-Deutsche wollen auswandern

München: In einer Dokumentarsendung des Bayerischen Rundfunks hat der evangelische Bischof von Hermannstadt in Rumänien, Müller, erklärt, daß die evangelische Kirche in Rumänien zum erstenmal in ihrer jahrhundertelangen Geschichte Hilfe von außen erbitte.

Bischof Müller gab zur Begründung an, daß die Deutschen in Siebenbürgen durch die rigorose Entnationalisierungspolitik der Bukarester Regierung in ihrer Existenz bedroht seien. Wie aus der Sendung hervorging, lebten vor dem zweiten Weltkrieg mehr als 800 000 Deutsche in Rumänien, heute seien es nur noch weniger als 400 000. Von diesen wollten mehr als die Hälfte in die Bundesrepublik auswandern.

Fachkongreßreferate veröffentlicht

Bonn: Am 29./30. November 1977 veranstaltete die CDU in Bonn eine wissenschaftliche Fachtagung unter dem Thema

Der Weg in die Gewalt – Geistige und gesellschaftliche Ursachen des Terrorismus und seine Folgen.

Alle während dieser in der Öffentlichkeit stark beachteten Tagung gehaltenen Referate wurden soeben in einem Taschenbuch gleichen Titels in der Reihe „Geschichte und Staat“ (Band 214, 224 Seiten, 5,80 DM) im Olzog Verlag München veröffentlicht. Die insgesamt 16 Referate wurden für die von Heiner Geißler herausgegebene Taschenbuchausgabe überarbeitet und teilweise erweitert. Für die Auseinandersetzung mit dem Terrorismus liegt damit eine hervorragende Sammlung wertvoller Analysen und weiterführender Überlegungen anerkannter Wissenschaftler aus dem In- und Ausland vor.

Chancen blieben ungenutzt

Karl Heinz Lemmrich, MdB, Mitglied des Bundesvorstandes des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, äußerte sich kürzlich vor dem Plenum des Deutschen Bundestages in einer vielbeachteten Rede zu Fragen der Deutschlandpolitik. Die Evangelische Verantwortung bringt hieraus folgenden Auszug:

Die Deutschlandpolitik der Gegenwart ist durch Einfallslosigkeit gekennzeichnet. Seit dem Eintritt der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR“ in die UNO hat es die westdeutsche Seite nahezu peinlich vermieden, das deutsche Problem der gewaltsamen Teilung in das Bewußtsein der Weltöffentlichkeit hineinzutragen. Wir sind der Meinung, daß die bloße Dokumentation des innerdeutschen Disenses allein in den alljährlichen Reden der Außenminister vor dem UNO-Plenum einfach zu wenig ist.

Demgegenüber muß man sehen, daß das SED-System mit Unterstützung der Bundesregierung seit 1969 trotz Schießbefehls und Mauerbaus international eine Legitimationsebene erreicht hat, die durch die wahre Natur dieses angeblich normalen Staates in keiner Weise gerechtfertigt werden kann.

Statt großer Worte und Versprechungen in der Öffentlichkeit sollte sich die Bundesregierung der Herausforderung, die seit dem deutschen Beitritt zu den Vereinten Nationen gegeben ist, stellen. Die menschenrechtlichen Gremien der Vereinten Nationen stellen hierfür ein geistiges und politisches Kampffeld ersten Ranges dar. Ost und West ringen dort u. a. um die künftige Einstellung der Dritten Welt zur Frage der Definition der Menschenrechte und ihrer Deutung. Hier liegt einer der wenigen praktischen Ansatzpunkte für Fortschritte in der deutschen Frage, der bislang ungenutzt blieb.

Die Bundesregierung hat zwar im Zuge ihrer Ost- und Deutschlandpolitik immer wieder betont, sie handele ganz im Kontext der internationalen Politik, sie handele in engem Kontext mit den Westmächten und den westlichen Alliierten. Ihre gegenwärtige Außenpolitik orientiert sich aber nur an einigen Thesen der beiden Supermächte. Die totale Vernachlässigung aus Bequemlichkeit, vielleicht aber auch aus Ängstlichkeit, des westlichen Standpunkts zur Deutschlandfrage ist eine der Todsünden der Außenpolitik der letzten Jahre. Das bloße Festhalten am status quo oder gar sein Zementieren kann doch nicht die entscheidende Kategorie unserer Außenpolitik sein!

Die Bundesrepublik Deutschland hat gute Freunde in der Welt, auch außerhalb unseres westlichen Bündnisses, die bereit wären, international und langfristig an der Lösung der deutschen Frage mitzuhelfen! Diese Staaten haben nicht nur in der UNO ein gewichtiges Wort. Chancen blieben ungenutzt – zum Schaden unserer Zukunft!

Unsere Autoren:

Ernst Eichelbaum
Oberstudiendirektor i. R.
Immenseeweg 17, 2252 St. Peter

Professor Dr. Eugen Gerstenmaler
Bundestagspräsident a. D.
Rheinhöhenweg 90, 5486 Oberwinter

Professor Dr. Dr. Hans-Günther Assel
Kettelerstraße 12
8500 Nürnberg

Evangelische Verantwortung – Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU. Herausgeber: Dr. Gerhard Schröder, MdB; Dr. Werner Dollinger, MdB; Kultusminister Prof. D. Wilhelm Hahn, MdL; Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg, MdL. Redaktion: Dr. Peter Egen, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (0 22 21) 54 43 06. Verlag: Union-Betriebs-GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Abonnementspreis vierteljährlich 4 DM. Einzelpreis 1,50 DM. Konto: EAK – Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267. Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf. Abdruck kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten.